

Lost between the Waves

Postkoloniale Perspektiven auf Geschlechterforschung in Ostmitteleuropa am Beispiel polnischer Feminismen nach 1989

Luisa Klatte

1. Kein Feminismus in Ostmitteleuropa?

2003 veröffentlichte die polnische Literaturwissenschaftlerin und Feministin Agnieszka Graff unter dem Titel *Lost between the Waves* einen Artikel zu den Paradoxien des Feminismus in Polen. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist die Feststellung, dass die Existenz eines Feminismus *à la polonaise* von wohlmeinenden Besucher:innen aus dem Westen noch immer angezweifelt werde, da in Polen doch alle so zutiefst konservativ und so sehr katholisch seien (Graff 2003, 100). Ein Argumentationsmuster, das bis heute die mediale wie wissenschaftliche Beschäftigung mit feministischem Engagement in Polen, aber auch anderen Ländern Ostmitteleuropas prägt.

In deutschen Medien wird über Gleichstellungsbestrebungen oder Engagement zur Anerkennung diverser geschlechtlicher Identitäten aus Ostmitteleuropa in der Regel nur dann berichtet, wenn politische Entscheidungen die Rechte von Frauen und LGBTIQ;-Personen weiter zu beschneiden drohen. Ein geeignetes Beispiel dafür bildet die mediale Berichterstattung über die polnischen Proteste gegen eine drohende Verschärfung des Abtreibungsgesetzes aus den Jahren 2016 und 2020. In beiden Fällen entstanden als Reaktion auf politische Entscheidungen beispiellose Protestbewegungen, die zehntausende Pol:innen mobilisierten. In deutschen Medien wurde über die Demonstrationen berichtet, jedoch nicht ohne das geltende polnische Recht in ein Verhältnis zu (west-)europäischen Standards zu setzen. Faktisch zählt das polnische Abtreibungsrecht zu den restriktivsten in Europa. Jedoch reflektieren die wenigsten Medienberichte, dass in kaum einem europäischen Staat Schwangerschaftsabbrüche vollständig entkriminalisiert sind. Die polnische Rechtsprechung wird stets als negativer Bezugspunkt in Abtreibungsdiskursen angeführt, wodurch Trennlinien zwischen West- und Osteuropa in Bezug auf Geschlechterfragen eröffnet werden. Francisca de Haan, die zu transnationaler Ge-

schlechtergeschichte forsch, sieht darin eine Fortführung des im Kalten Krieg begründeten Paradigmas, nach dem das sozialistische Ostmitteleuropa auch in Bezug auf Frauenaktivismus als weniger fortschrittlich als der Westen konstruiert wird. Daraus resultiert eine einseitige Betonung westlicher Entwicklungen, die den gegenwärtigen Zustand des ›Nichtwissens‹ über historische wie aktuelle Frauenorganisationen im östlichen Europa bedingt (vgl. de Haan 2010).

Das zeigen deutsche Medienberichte im besonderen Maße, denen vielfach ein differenzierter Blick auf feministische Akteur:innen und Organisationen aus Polen fehlt, die sich teilweise seit Jahrzehnten für eine Liberalisierung des polnischen Abtreibungsgesetzes engagieren. Die ausbleibende Kontextualisierung vermittelt den Eindruck einer singulären Protestbewegung in Polen, die sich gegen eine weitere Beschneidung, nicht aber für das generelle Recht auf reproduktive Selbstbestimmung einsetzt.

Ähnliches ist in der Berichterstattung zu den Rechten von LGBTIQ:-Personen insbesondere in Polen und Ungarn zu beobachten. Die jüngsten Diskriminierungen in Form von Gesetzesverabschiedungen, Polizeigewalt oder unverhältnismäßig langen Inhaftierungen werden zu Recht kritisiert. Für besonderes Aufsehen sorgte die Errichtung sogenannter ›LGBT-ideologiefreier Zonen‹ im Sommer 2019, die mittlerweile fast ein Drittel des polnischen Staatsgebietes ausmachen. Aus juristischer Sicht sind diese Deklarationen kaum haltbar, ihr symbolischer Gehalt umso verheerender: In Polen werden die Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität politisch gebilligt, im Fall der amtierenden polnischen Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) sogar öffentlich unterstützt. Diese Entwicklungen müssen kommentiert und kritisiert werden. Doch wird der von der polnischen Regierung vorangetriebene ›Anti-Genderismus‹ in der Regel zur in Polen vorherrschenden gesellschaftlichen Norm stilisiert und mit Hilfe verkürzter Analysemuster aus Konservatismus, Katholizismus und Nationalismus erklärt. Ohne Frage sind alle drei Bewegungen eng mit der polnischen Identität verwoben. Doch die stete Aktualisierung dieser gängigen Stereotype reicht nicht aus, um die Komplexität der Geschlechterverhältnisse in Polen vollständig zu erfassen. Grundsätzlich dominiert in medialen Darstellungen ein Blick von außen und Stimmen von Betroffenen und Expert:innen aus Polen fehlen. Die ausbleibenden Kontextualisierungen suggerieren Rückständigkeit und Aufholbedarf und es scheint, als würde Polen in Gleichstellungsbestrebungen auch 30 Jahre nach dem Ende des Sozialismus westlichen Idealen weiter hinterherhinken.

In ihrem Aufsatz versucht Graff zu ergründen, woher diese westeuropäische Skepsis gegenüber geschlechtergerechtem Engagement in Polen rührt. Graff lehrt als Dozentin für Gender Studies an der Universität Warschau, hat zahlreiche Ar-

beiten zu polnischen Feminismen¹ veröffentlicht und engagiert sich als Aktivistin in Polen. Bereits der Titel ihres Artikels *Lost between the Waves* deutet Zweifel an der Vergleichbarkeit zwischen polnischen Feminismen und Entwicklungen aus dem westeuropäischen bzw. anglo-amerikanischen Raum an: Der Begriff von Wellen, der sich vornehmlich auf die Chronologie der Frauenbewegung in den USA und Westeuropa bezieht, scheint in Polen nicht zu funktionieren. Anhand der Neukonstituierung feministischer Strömungen nach 1989 in Polen will Graff die länderspezifischen Eigenheiten des polnischen Feminismus ausloten. Dabei legt sie einen besonderen Fokus auf jene Herausforderungen, die mit der Demokratisierung und Europäisierung Polens einhergehen.

Dieser Beitrag will diskutieren, woher das von Graff konstatierte West-Ost-Gefälle rührt, das bis heute Medienberichte und wissenschaftliche Arbeiten über Geschlecht und Sexualität in Ostmitteleuropa dominiert. Dazu wird in einem ersten Schritt der Forschungsstand zu Postkolonialismus sowohl in Bezug auf Gender Studies als auch innerhalb der auf Ostmitteleuropa bezogenen Regionalforschung umrissen. Geeignetes Beispiel für die Anwendung postkolonialer Kritik am ostmitteleuropäischen Geschlechterdiskurs ist die Institutionalisierung der akademischen Gender Studies nach 1989. Da Gender Studies und Feminismus, wie andere sozialkritische Forschungsfelder, eng mit zivilgesellschaftlichem Engagement verbunden sind, werden vereinzelt Rückgriffe auf politische, soziale und mediale Entwicklungen vorgenommen. Anschließend wird anhand der Arbeiten von vorwiegend polnischen Wissenschaftler:innen herausgearbeitet, welche Normsetzungen sich aus der Etablierung der Gender Studies nach westlichem Vorbild für polnische Feminismen ergaben. Ziel ist es, einen Beitrag zur Auflösung des nach wie vor bestehenden West-Ost-Gefälles innerhalb der Geschlechterforschung zu leisten, dessen Folgen anhand des polnischen Abtreibungsdiskurses skizziert werden.

Anstelle von Gender Studies wird in diesem Beitrag der Begriff Geschlechterforschung verwendet, sofern sich die Ausführungen auf die Forschungsrichtung und kein explizites Studienprogramm beziehen. Denn das englische Wort *gender* impliziert ein Verständnis von Geschlecht als sozial konstruierter Kategorie, das sich vornehmlich in Westeuropa und den USA aus den feministischen Ansätzen der 1960er und 70er Jahre entwickelte. Diese sogenannte Zweite Welle der Frauenbewegung wollte im westeuropäischen und anglo-amerikanischen Raum die spezielle Lebenssituation von Frauen erforschen. Ab den 80er Jahren begann sich die Betrachtung von Geschlecht als sozial und kulturell konstruierter Kategorie durchzusetzen. Die wissenschaftliche Frauenforschung (engl.: *women's studies*) wurde zur Geschlechterforschung (engl.: *gender studies*). Gender Studies erforschten zu-

1 Da Feminismen divers und vielfältig sind, wird Feminismus im Plural verwendet oder von feministischer Kritik, feministischen Strömungen etc. geschrieben. Feminismus im Singular wird nur dann übernommen, wenn er dem Wortlaut der zitierten Quelle entspricht.

nächst die Konstruktion von weiblichen bzw. männlichen Geschlechtskategorien, die mittlerweile und im Sinne der Queer Studies auch die Auflösung eines festen binären Geschlechtersystems einschließen und diverse geschlechtliche sowie sexuelle Identitäten untersuchen. Die Abbildung unterschiedlicher Erfahrungsräume soll der Begriff der Geschlechterforschung bzw. des Geschlechterdiskurses leisten, der Feminismus, Gender und Queer Studies gleichberechtigt einschließt. Dies ist für den polnischen Geschlechterdiskurs entscheidend. Während in Westeuropa und den USA in Vergangenheit wie Gegenwart häufig Trennlinien zwischen Feminismus und Gender bzw. Queer Studies eröffnet wurden, sei dies laut Graff in Polen nicht zu erkennen. »[...] Polish feminism did not go through a homophobic stage: it joined a rainbow coalition without ever considering identity politics«. Als Beispiel nennt sie das erste öffentliche Erscheinen einer Regenbogenfahne bei einer feministischen Demonstration im Rahmen des Weltfrauentages am 8. März 2000 in Polen (Graff 2003, 103).

Dieser Beitrag will postkoloniale Perspektiven auf den ostmitteleuropäischen Geschlechterdiskurs anhand der Entwicklung polnischer Feminismen nach 1989 erörtern. Dies soll keine Verkürzung von Geschlechterfragen auf Frauen darstellen, sondern vielmehr kritische Perspektiven eröffnen, die auch auf polnische und ostmitteleuropäische Queer-Diskurse angewendet werden können.

2. Postkoloniale Geschlechter- und Ostmitteleuropaforschung

Die wissenschaftliche Geschlechterforschung will bestehende Machtverhältnisse und Diskriminierungsformen ausgehend von der Kategorie Geschlecht analysieren. Innerhalb der kritischen Geschlechterforschung haben intersektionale Ansätze an Bedeutung gewonnen. Diese sind auf den Black Feminism zurückzuführen, der sich ausgehend von der Zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1960er und 70er Jahren in den USA konstituierte. Schwarze Feminist:innen sahen sich durch den überwiegend ›weißen‹ Feminismus nicht repräsentiert und forderten das Zusammendenken verschiedener Diskriminierungskategorien, da die soziale Situation von Schwarzen Frauen nicht vollständig erfasst werden könne, solange *gender* isoliert von *race* und *class* betrachtet werde (vgl. unter anderem Davis 1983; Clarke 1981; Smith 1983). Daran anschließend benannte und konzeptualisierte Kimberlé Williams Crenshaw Ende der 1980er Jahre den Begriff der Intersektionalität, der die Wirkungsmechanismen verschiedener Diskriminierungskategorien in ihrer Interdependenz zu anderen Ausschlussmechanismen untersuchen will (vgl. Crenshaw 1989). Das Ziel intersektionaler Ansätze ist es, Gleichzeitigkeiten und Verschränkungen verschiedener Diskriminierungskategorien sichtbar zu machen, um strukturelle Machtverhältnisse in ihrer Gänze verstehen und

kritisch hinterfragen zu können.² Neben *race* und *class* schließen intersektionale Ansätze heute weitere Bereiche ein. So schlagen Gabriele Winker und Nina Degele beispielweise einen ›Intersektionalen Mehrebenenansatz‹ zur Erfassung von Vielschichtigkeiten und Widersprüchlichkeiten klassistischer, sexistischer, rassistischer und bodyistischer Diskriminierungen vor (vgl. Degele/Winker 2010).

Einige postkoloniale Theoretiker:innen verweisen in diesem Zusammenhang auf untrennbare Verknüpfungen zwischen Kolonialismus bzw. Imperialismus mit der Konstituierung von Gender als Analysekategorie. Demnach müsse »jede Aussage zu Gender als Kategorie [...] daraufhin befragt werden, ob und wie mit dieser Bezugnahme Universalisierungen aufgemacht werden, die bestimmte, in der Regel weiße Vorstellungen zu einer allgemeinen, pauschalen, universalisierenden Norm erklären« (Hornscheidt 2012, 218).

Eben jene Universalisierungen sind für die Ausweitung postkolonialer Perspektiven auf die ostmitteleuropäische Geschlechterforschung entscheidend, die weniger auf ›weißen‹ Vorstellungen als auf einem westlichen Verständnis von Feminismus bzw. *gender* beruhen. Die von Graff kritisierte Erzählung der Frauenbewegung in Wellen bildet ein geeignetes Beispiel, da sie Entwicklungen im Westen als unreflektierte und standardisierte Norm voraussetzt, ohne regionale Spezifika zu erforschen. Durch den Zusatz postkolonial sollen innerhalb der Geschlechterforschung neue Sprech- und Erfahrungsräume geöffnet werden, die aufgrund bestehender imperialer Machtasymmetrien bislang unterrepräsentiert geblieben sind.

Als zentral für die Entwicklung der akademischen Postcolonial Studies erwies sich Edward W. Said's *Orientalism: Western Concepts of the Orient*, das 1978 erstmals erschien. Darin analysiert Said, wie der Orient aus einer eurozentrischen Perspektive konstruiert, exotisiert bzw. orientalisiert und schließlich in Abgrenzung zum Okzident abgewertet wird. Die Konstruktion eines Überlegenheitsgefühls des aufgeklärten und zivilisierten Westens gegenüber dem vermeintlich wilden Orient führt Said auf die Praktik des *othering* zurück, bei dem das übergeordnete und als positiv verstandene Eigene in Abgrenzung zum untergeordneten Anderen konstruiert wird. Dadurch werden Machtverhältnisse (re-)produziert, sich dem übergeordneten Stellenwert des Eigenen vergewissert und gleichzeitig dem Anderen Teilhabe und Gleichberechtigung durch Ausschluss verwehrt. Dies kann Individuen, Bevölkerungsgruppen wie ganze Regionen gleichermaßen betreffen (vgl. Said 1995).

2 Siehe unter anderem: »Inhaltlich bzw. thematisch wird die Annahme isolierter sozialer Kategorien oder trennbarer struktureller Machtverhältnisse kritisch hinterfragt. Diese müssen stattdessen jeweils in ihrer Interdependenz betrachtet werden. Jede Aussage zu Gender als Kategorie muss daraufhin befragt werden, ob und wie mit dieser Bezugnahme Universalisierungen aufgemacht werden, die bestimmte, in der Regel weiße Vorstellungen zu einer allgemeinen, pauschalen, universalisierenden Norm erklären.« (Hornscheidt 2012, 218)

Mit Blick auf die Kolonialgeschichte ist das Gefälle eindeutig: Die Kolonialmächte stehen als Zentren den kolonialisierten Peripherien gegenüber. Erweitert wurde diese Annahme unter anderem durch Immanuel Wallersteins *World-System Analysis* (1982), wonach ein zweiteiliges Modell nicht ausreichen würde, um die Komplexität globaler Zusammenhänge zu erfassen. Wallerstein erweiterte die Unterteilung der streng hierarchisch geordneten Weltwirtschaft in Zentren und Peripherien um Semi-Peripherien. Diese würden von den Zentren nicht im selben Maße wie die Peripherien ausgebeutet, aufgrund niedriger Lohnverhältnisse und ungleicher Produktionsbedingungen jedoch ebenso zur Machtstabilisierung der Zentren beitragen. Zu den Semi-Peripherien zählte Wallerstein in den 1970er Jahren weite Teile Osteuropas. Neben der ›freien‹ bzw. ›modernen‹ Ersten und der ›traditionellen‹, ›rückständigen‹ Dritten Welt bestünde auch die kommunistische Zweite Welt, die bis 1989 von Propaganda und Ideologie kontrolliert wurde (Wallerstein 1976, 462-466).

Im deutschsprachigen Raum wird das Potenzial postkolonialer Perspektiven innerhalb der auf Osteuropa bezogenen Regionalforschung insbesondere in historischen Arbeiten betont, »widersetzt sich [das östliche Europa, LK] doch durch seine komplexe Struktur dichotomen Betrachtungsweisen« (Kraft 2015, 171). Postkoloniale Perspektiven kritisieren, dass bei der Betrachtung Ostmitteleuropas nach 1989 noch immer zeitliche wie räumliche Trennlinien eröffnet werden. Vielmehr solle das Potenzial der Postcolonial Studies genutzt werden, um »kulturelle Essentialisierungen – seien sie an räumliche (›Osten‹) oder zeitliche Verortungen (›ehemals sozialistisch‹) gekettet – zu dekonstruieren« (ebd., 178). Die strikte Trennung zwischen dem kapitalistischen Westen und dem (ehemals) sozialistischen Osteuropa sowie die Trennung zwischen der Zeit vor 1989 und danach müsse aufgehoben werden. Sonst laufe der postsozialistische Osten Gefahr zu einem geschichtslosen Raum zu werden, in dem die Zeit des Kommunismus nicht kontextualisiert und damit entwertet werde. Das wird insbesondere bei der Betrachtung der Entwicklungen nach 1989 als Übergangsphase deutlich, die zu einem klar skizzierten Gesellschaftsmodell nach westeuropäischen Standards hinführt. Dadurch wird dem Osten seine eigene Zeitlichkeit entzogen. Würde hingegen das ›post‹ in postkolonial bzw. postsozialistisch gestärkt, also ostmitteleuropäische Erfahrungen einbezogen, Kontinuitäten und Gleichzeitigkeiten, aber auch Ambivalenzen erforscht werden, könne dies zu einer Dezentrierung des idealisierten (West-)Europas führen (ebd., 180). Der Transfer postkolonialer Theorien auf ostmitteleuropäische Räume wurde auch in der literatur- und kulturwissenschaftlichen Forschung in den vergangenen Jahren rezipiert. Neben Fragen der Vergleichbarkeit zwischen Postkolonialismus und Postsozialismus diskutieren literaturwissenschaftliche Arbeiten auch die Tendenz der Selbstorientalisierung zeitgenössischer Autor:innen aus Ostmitteleuropa (vgl. unter anderem Smola/Uffelman 2017; Artwińska 2021; Pucherova/Gafrik 2015).

Während ein umfassender Paradigmenwechsel innerhalb der Gender Studies in Bezug auf postsozialistische Räume in der deutschsprachigen Wissenschaft bislang nicht zu erkennen ist, kritisieren ostmitteleuropäische Wissenschaftler:innen die westliche Dominanz im ostmitteleuropäischen Geschlechterdiskurs, der sich an der Etablierung der akademischen Gender Studies nach 1989/90 deutlich zeigt.

3. Die Etablierung der akademischen Gender Studies nach 1989

Frauenrechtsaktivismus konnte sich im kommunistischen Polen aufgrund seiner spezifischen Ausprägung und anders als im Westen zu keiner breiten Protestbewegung formieren. Elementar für den polnischen Frauenrechtsdiskurs zu Zeiten der Volksrepublik Polen war zum einen die offizielle Gleichstellung beider Geschlechter, die sich insbesondere durch den prinzipiell geschlechtsunabhängigen Zugang zu Ausbildung und Arbeit konstituierte, obgleich einzelne Berufe für Frauen – insbesondere in der Chemieindustrie und Untertage – verboten wurden (Fidelis 2010, 216). Der Emanzipation durch Erwerbstätigkeit lag das offizielle Dogma zu Grunde, »dass einzig die Gesetzgebung kapitalistischer Staaten die Frauen diskriminieren könne« (Walczewska 2015, 61). In der Realität konnten Frauen ihre offiziellen Rechte infolge von Doppelbelastung aus Arbeit und Familie in bedeutend geringerem Maße wahrnehmen als Männer. Zum anderen nahm der polnische Freiheitskampf gegen das als Fremdherrschaft verstandene kommunistische Regime erheblichen Einfluss auf die Situation von Frauen. Der Kampf für Unabhängigkeit ist fest im kulturellen Gedächtnis Polens verankert und führte während der Teilungszeit im 19. Jahrhundert zur Herausbildung des Mythos der *Matka Polka* (Mutter Polin).³ Diese Tradition gilt bis heute als gängiges Referenzbild zur Identitätskonstruktion, in der sich religiöse und geschlechterstereotype mit nationalpatriotischen Motiven verflechten. Der Mythos besagt, dass in Zeiten der Nichtexistenz des polnischen Staates die Mutter Polin »für die patriotische Erziehung des Nachwuchses und den Erhalt des Polentums, der polnischen Kulturtradition und katholischer Werte« verantwortlich sei (Seiler 2018, 44). Darin wird Frauen gesellschaftliche Teilhabe ausschließlich in ihrer Rolle als Mutter garantiert. Im Zuge des polnischen Protestes gegen das kommunistische Regime erfuhr der Mythos ab den 1970er Jahren eine Reaktualisierung. Entgegen der kommunistischen Gleichstellungsbestrebungen wurde die Familie als soziale Grundstruktur im polnischen

3 Der Mythos der *Matka Polka* ist auf den polnischen Nationaldichter Adam Mickiewicz zurückzuführen. In seinem 1830 und während der Teilungszeit veröffentlichten Gedicht *Do matki Polki* (*An die Mutter Polin*) sieht er polnische Mütter in der Pflicht, das Überleben der polnischen Kultur in der häuslichen Sphäre zu sichern, während Männer und Söhne für die Befreiung der polnischen Nation kämpfen sollten.

Narrativ betont, wodurch Frauen vielfach in die private und familiäre Sphäre zurückverwiesen wurden (Borodziej 2010, 374; Keinz 2008, 105).

Die zunehmende Frustration der Frauen über den Ausschluss aus der Öffentlichkeit führte in der Volksrepublik Polen zu vereinzelt Reflektionen über dieses »Emanzipationsdilemma« (Walczevska 2015, 61). Im akademischen Diskurs wurde die Geschlechterfrage vor allem in der Literatur- und Kulturwissenschaft aufgegriffen (Zimmermann 2007, 133). Als Wegbereiterin der feministischen Kritik in Polen gilt die Literaturwissenschaftlerin Maria Janion, die in ihren Arbeiten »Hierarchisierungsmechanismen im literarischen Diskurs in ihrer Wechselwirkung mit sozialen Realitäten und politischen Narrativen« untersucht (Seiler 2018, 89). Zentraler Schwerpunkt von Janions Forschung bildet die literarische Epoche der polnischen Romantik, die während der Teilungszeit zu verorten ist und sich aufgrund der politischen Umstände nicht auf künstlerische Belange beschränken lässt. Vielmehr ist die Romantik in Polen als identitätsstiftende Epoche zu verstehen, die in Bezug auf symbolische Geschlechterordnungen bis heute als diskursformend gilt. In ihrer Arbeit unterzieht Janion die Romantik einer kritischen Reflektion und verhandelt Geschlecht als wichtige, aber nicht ausschließliche Analysekatgorie. Auf die Herausbildung feministischer Polonistik haben neben Janion auch die Literaturwissenschaftlerinnen Inga Iwasiów, Grażyna Borkowska, Ewa Kraskowska und Krystyna Kłosińska Einfluss genommen (vgl. Seiler 2018).

Folglich darf nicht angenommen werden, dass sich Frauen- und Geschlechterforschung in Polen und anderen Staaten Ostmitteleuropas nach 1989 aus dem Nichts gründete. Das zeigt die Eröffnung erster universitärer Zentren für Frauen- und Geschlechterforschung in Polen bereits Anfang der 1990er Jahre und nur kurze Zeit nach dem Ende des Sozialismus. Wie beispielsweise das im Jahr 1992 gegründete und bis heute existierende Women's Studies Centre an der Universität in Łódź.

Der einsetzende Systemwandel führte mit der Neukonstituierung der polnischen Regierung 1989 zu einer Abkehr vom Sozialismus und der Weg hin zu Demokratie und Marktwirtschaft wurde eingeleitet. Dieser Prozess bedingte in Polen vielseitige Spaltungs- und Differenzierungsprozesse auf parteipolitischer wie gesellschaftlicher Ebene und bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern verschärften sich (Borodziej 2010, 390). Die konsequente Ausgrenzung führte zu einem Rückzug der Frauen aus der Politik. Während der Frauenanteil im letzten Sejm der Volksrepublik, dem Unterhaus des polnischen Parlaments, knapp über 20 % lag, waren es 1998 und knapp zehn Jahre später nur noch die Hälfte (Walczevska 2015, 61).

Auf universitärer Ebene hingegen wurde die Kategorie Geschlecht in Forschung und Lehre gestärkt. Bis Mitte der 90er Jahre lassen sich Bemühungen zur Etablierung von Frauen- und Geschlechterstudien primär auf einzelne Individuen zurückführen (Zimmermann 2007, 135). Ein umfassender Geschlechterdiskurs konn-

te sich zu der Zeit weder in Polen noch in anderen ehemals kommunistischen Staaten etablieren. Vielmehr förderte der steigende Nationalismus das Erstarken binärer Geschlechterverständnisse. Dem gegenüber veränderten der einsetzende Systemwandel und die Öffnung gen Westen den akademischen Frauenrechtsdiskurs in Polen wesentlich. Grundlagenwerke der westlichen Frauenbewegung wurden ins Polnische übersetzt, der akademische Wissenstransfer gefördert und politisches wie soziales Engagement nach westlichem Vorbild übernommen. Die verschiedenen Ansätze »der westlichen Geschlechterforschung wurden (in postsozialistischen Gesellschaften, L.K.) quasi zeitgleich und parallel rezipiert« (Seiler 2018, 13). Eine lineare Entwicklung wie im kapitalistischen Westen fand nicht statt, stattdessen drang alles auf einmal in die ehemals kommunistischen Länder ein, ohne die verschiedenen Konzepte einer Eignungsprüfung für den (mittel-)osteuropäischen Kontext zu unterziehen (Mizielińska/Kulpa 2011, 14).

In der Wissenschaft zeigt sich die Ambivalenz dieser Entwicklung im besonderen Maße: Im Vergleich zum vorherigen Jahrzehnt kam es in den 90er Jahren zu einem regelrechten Boom an wissenschaftlichen Arbeiten mit Geschlechterbezug in Polen (Seiler 2018, 18ff.). Diese Entwicklung wurde durch die flächendeckende Etablierung von Frauen- und Geschlechterstudien an privaten Hochschulen und staatlichen Universitäten im ostmitteleuropäischen Raum ab Mitte der 90er Jahre begünstigt. Auf die systematische Institutionalisierung der Gender Studies nahmen in erster Linie Stiftungen und Institutionen aus den USA erheblichen Einfluss, in dem sie sowohl die Errichtung privater Hochschulen nach angelsächsischem Vorbild als auch sogenannter Centers of Excellence an staatlichen Universitäten finanziell ermöglichten. Ein besonders prominentes Beispiel ist die Central European University (CEU), die 1991 von dem im Ungarn geborenen US-Amerikaner George Soros in New York gegründet wurde. An verschiedenen Standorten in Ostmitteleuropa (Budapest, Prag und später Warschau) sollten im Sinne amerikanischer Wissenschaftstraditionen Studierende aus Ostmitteleuropa ausgebildet werden. Ein Ansatz, der bis heute das Selbstverständnis der Universität prägt. Ziel war die Errichtung einer internationalen Universität, die den Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Ostmitteleuropa und der ehemaligen Sowjetunion erleichtern sollte.⁴ Ab 1995 fand der Lehrbetrieb ausschließlich in Budapest statt. Aufgrund einer Veränderung des ungarischen Hochschulgesetzes zieht der Hauptcampus der Universität aktuell von Budapest nach Wien um. An der CEU, genau wie an weiteren privaten Hochschulen, staatlichen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Ostmitteleuropa, wurde es insbesondere west-

4 »In 1989, a group of visionary intellectuals – most of them prominent members of the anti-totalitarian democratic opposition – conceptualized an international university that would help facilitate the transition from dictatorship to democracy in Central and Eastern Europe and the former Soviet Union.« (Siehe: <https://www.ceu.edu/about/history>)

lichen Wissenschaftler:innen mit Expertise in den Gender Studies ermöglicht, eigene Studienprogramme zur Geschlechterforschung zu errichten. Vereinzelt wurden auch Zentren unter der Führung inländischer Wissenschaftler:innen gegründet, ebenfalls finanziert durch private Geldgeber:innen aus dem Westen (vgl. Zimmermann 2007).

Grundsätzlich positiv zu bewerten ist, dass die Kategorie Geschlecht in Ostmitteleuropa an akademischer Relevanz gewann. Eine Vielzahl feministischer Wissenschaftler:innen reflektieren die Rezeption westlicher Feminismen in den 1990er Jahren rückblickend als »Erweckungsmoment« (Kraskowska 2012, 74). Jedoch misslang es den westlichen Förder:innen, Frauen- und Geschlechterstudien in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten dauerhaft institutionell zu verankern. Vielmehr wurde die Kategorie Gender zu einem Instrument, um die Bildungssysteme des östlichen Europas den Standards kapitalistisch-wirtschaftsliberaler Länder anzupassen, und Geschlecht wurde auf wissenschaftlicher, zivilgesellschaftlicher und politischer Ebene zu einem symbolischen Marker zur Messung des Bekenntnisses zu einer liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung (Zimmermann 2007, 140).

4. Differenzierung regionaler Feminismen in Polen

Die Implementierung der Gender Studies nach westlichem Vorbild nahm im höchsten Maße Einfluss auf die Arbeiten ostmitteleuropäischer Wissenschaftler:innen. In Polen waren viele Feminist:innen Mitte der 90er Jahre überzeugt, dass Feminismus in Polen schlicht nicht existiere. 1996 erschien ein Artikel von Agnieszka Graff im *Pelny glosom*, einem feministischen Magazin, das im Zuge des Demokratisierungsprozesses in Polen entstand. Darin erklärt Graff den polnischen Feminismus für nicht existent und führt das fehlende feministische Bewusstsein auf das in der polnischen Kultur fest verankerte Misstrauen gegenüber Individualismus zurück. Andere Beiträge derselben Ausgabe fallen ähnlich vernichtende Urteile über die zu der Zeit beobachtbare feministische Resistenz: Frauen dieser Kulturen hätten weder eine Gruppenidentität entwickelt noch Diskriminierungen realisiert oder ihre Loyalität gegenüber der Familie als Institution in Frage gestellt (Graff 2003, 101). Bezugnehmend auf im Westen entwickelte feministische Theorien werteten polnische Feminist:innen ihre eigene Identität ab, wodurch speziell polnische Erfahrungen kaum Eingang in den Geschlechterdiskurs fanden.

Dieser Pessimismus wurde durch realpolitische Entwicklungen in Polen gestärkt. Die Hoffnungen auf eine kritische Neuaushandlung der »Frauen«-Frage schwanden, da die sich allmählich etablierende demokratische Regierung der Situation von Frauen auf politischer Ebene kaum Bedeutung beimaß. 1993 wurde

das bis heute geltende und restriktive Abtreibungsgesetz in Polen verabschiedet, welches Schwangerschaftsabbrüche in nur drei Fällen erlaubt und schwangeren Personen das Recht auf Selbstbestimmung nahezu entzieht. Zwar arbeiteten von 1995 bis 1997 Juristinnen an dem feministischen Projekt eines polnischen Gleichstellungsgesetzes: »Entsprechend der im liberalen Feminismus präsenten Idee der Bindung der Frauenrechte an die realen Lebenswelten mit ihren Beschränkungen« sollte der Entwurf über die Gleichberechtigung hinausgehen, da »in der Situation einer faktischen Diskriminierung der Frauen [...] die gleichen Rechte sogar bestehende Ungleichheiten absegnen« könne (Walczevska 2015, 63). Doch wurde schließlich ein Gesetz gegen die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verabschiedet, das durch die Schaffung eines Gleichstellungs-Ministeriums garantiert werden sollte. Folglich fanden weder die inhaltlichen Überlegungen der Verfasserinnen zur nachhaltigen Gleichstellung Berücksichtigung, noch ging das Gesetz über die im Staatssozialismus dominierende Auffassung von Gleichberechtigung durch Arbeit hinaus.

Erst die Etablierung lokaler und von westlichen Fördergeldern relativ unabhängiger Forschungsgruppen ermöglichte die Begründung einer Tradition anti-hegemonialer und sozialkritischer Geschlechterstudien in Ostmitteleuropa, die spezifische regionale Probleme priorisieren (Zimmermann 2007, 144). Der westliche Einfluss auf die Institutionalisierung und inhaltliche Ausgestaltung der Gender Studies in Ostmitteleuropa scheint unter feministischen Wissenschaftler:innen aus der Region bis heute umstritten. Fragen nach dem kommunistischen Erbe in Geschlechterfragen spalten die feministische Wissenschaft: Während einige Wissenschaftler:innen die Existenz von geschlechtergerechtem Engagement während der Volksrepublik verneinen und argumentieren, dass die Emanzipation als Teil des politischen Projekts von oben verordnet wurde, nimmt gleichzeitig die Forschung zu sozialistischem Frauenaktivismus und Frauenverbänden zu.⁵

Ende der 90er Jahre kam es zu kritischen Reflexionen und polnische Feminist:innen forderten eine konsequente Erkundung des »polnischen« Feminismus jenseits dessen, was aus anderen Sprachen und Kulturen bekannt sei (Chowaniec 2012, 16). Fortan wurde die Existenz eines polnischen Geschlechterdiskurses nicht länger grundlegend in Frage gestellt. Vielmehr brachte der bis dahin vorherrschende Pessimismus in Bezug auf die Existenz eines polnischen, feministischen Bewusstseins zwei produktive Strategien hervor, die für den polnischen Geschlechterdiskurs bis heute konstituierend sind: Zum einen wurde der Erforschung einer polnisch-feministischen Tradition besondere Bedeutung beigemessen, wobei die Suche nach der eigenen Genealogie den Kommunismus weitestgehend ausschloss und sich in erster Linie auf die Zwischenkriegszeit bezog. Zum anderen wurden die jüngeren Entwicklungen einer selbstkritischen Reflexion unterzogen.

5 Siehe auch den Beitrag von Agnieszka Mrozik in diesem Band.

Rückblickend stellt Agnieszka Graff fest, dass Mitte der 1990er Jahre Feminist:innen in Polen über wenig Bewusstsein ihrer eigenen Vergangenheit verfügten, da die Sichtweise des Feminismus als westlicher Import schlicht als common sense galt (Graff 2003, 104).

Entscheidend zu der Erforschung einer polnisch-feministischen Tradition trug Slawomira Walczewskas Publikation *Damy, rycerze i feministki* (*Damen, Ritter und Feministinnen*) von 1999 bei, die seit 2015 in deutscher Übersetzung vorliegt. Darin untersucht die Philosophin den polnischen Frauenrechtsdiskurs auf Kontinuitäten sowie Ambivalenzen von seinen Anfängen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. Die Geschichte des polnischen Frauenrechtsdiskurses rekonstruiert Walczewska anhand einzelner Frauen der polnischen Geschichte, die in der männlich-dominierten polnischen Kulturtradition bislang kaum überliefert sind. Diese Wiederentdeckung weiblicher Kultur und Literatur ist für die Arbeiten feministischer Kritiker:innen in Polen Ende der 90er Jahre kennzeichnend und führte zweifelsfrei die zu einem steigenden Selbstbewusstsein polnischer Feminist:innen, das sich an der Kritik an lokalen wie internationalen Dynamiken zeigte, die nach 1989 Einfluss auf den polnischen Geschlechterdiskurs nahmen.⁶

Aus feministischer Sicht vielfach kritisiert wurde das während der Teilungszeit begründete und durch die polnische Romantik gestärkte Motiv des polnischen Freiheitskampfes. »Sie [die polnische Romantik, LK] forderte zwar von den Männern wie Frauen Selbstaufopferung, doch von den Frauen forderte die romantische Literatur völlige Hingabe an die Sache Polens, weit über das Engagement der Männer hinaus« (Walczewska 2015, 42). Neben Walczewska begannen auch weitere Wissenschaftler:innen die Folgen der Reaktualisierung des polnischen Befreiungsmotivs durch den Protest gegen das kommunistische Regime für den polnischen Geschlechterdiskurs zu reflektieren. Feministische Stimmen machten die 200-jährige Tradition, den Kampf für politische Freiheit über alle anderen Belange zu stellen, dafür verantwortlich, dass viele Aspekte der westlichen Gegenkultur in Polen Anklang fanden, die Frauenrechtsbewegung jedoch nur wenig Unterstützung erfuhr (Kraskowska 2012, 70). Diese Unterordnung der Frauenrechte führte Maria Janion 1999 für das Ausbleiben einer breiten Protestbewegung an: »*Solidarność* [...] has to first win independence and democracy for the entire society, and only later will we tackle together the issue of women« (Kraskowska 2012, 69). Eine Hoffnung, die von den frei gewählten politischen Regierungen der 1990er nicht bestätigt, sondern gar ins Gegenteil verkehrt wurde. Zudem schien der polnische Demokratisierungsprozess immun gegen Radikalität und Feminismus zu sein, da

6 Auf eine ausführliche Darstellung dieses *re-reading*, *re-writing* und *re-interpreting* der polnischen (Literatur-)Geschichte wird an dieser Stelle verzichtet. Siehe dazu unter anderem Chowanec 2012, 14.

die politische Kultur postkommunistischer Staaten von einer Abneigung gegen alles geprägt war, das auch nur vage an Marxismus erinnerte (Graff 2003, 104).

Als eine Besonderheit des sich konstituierenden feministischen Selbstbewusstseins im ausgehenden Jahrhundert ist seine hohe Selbstreflexivität zu betrachten. Wissenschaftliche Arbeiten nahmen nicht nur gesamtgesellschaftliche und politische Prozesse in den Blick, sondern unterzogen auch die feministischen Strömungen innerhalb Polens einer radikalen Selbstkritik. So stellt Graff fest, dass die Herausbildung eines feministischen Bewusstseins in Polen nach 1989 durch die Negierung seiner eigenen Existenz begann, wodurch Selbstzweifel geschürt wurden (Graff 2003, 114). Diese Selbstzweifel sind sowohl als Folge der wiederkehrenden Neuaushandlung polnischer Feminismen wie auch im Kontext hegemonialer Machtansprüche zu reflektieren.

Der Einfluss westlicher Theorien auf den polnischen Geschlechterdiskurs wurde, wenn auch zögerlich, in Frage gestellt. 2003 plädierte Graff noch für die Beibehaltung der Erzählung der Frauenbewegung in Wellen, in deren Chronologie der polnische Feminismus als eine Verschränkung aus Strategien der Dritten Welle zum Erreichen von Zielen der Zweiten Welle gesehen werden muss. Arbeiten der folgenden Jahre stellten westlich geprägte Metaphern und Begrifflichkeiten grundlegend in Frage. Insbesondere die Erzählung der vermeintlich universellen Frauenbewegung in Wellen geriet vermehrt in die Kritik, da diese westliche Entwicklungen als Norm setzen und speziell ostmitteleuropäische Erfahrungen darin keine Berücksichtigung finden würden. Im Sinne des *transnational feminism*⁷ fordern ostmitteleuropäische Wissenschaftler:innen für den internationalen Geschlechterdiskurs eine stärkere Fokussierung auf regionale Spezifika, um unterschiedliche subjektive Positionierungen und Erfahrungen mit Geschlechterungleichheit kenntlich machen und erforschen zu können (Mizielińska/Kulpa 2011).

Außerdem wurde die Annahme vom Feminismus als einer aus dem Westen importierten Forschungstradition reflektiert, die nicht ausschließlich auf das Erstarren nationaler Narrative zurückzuführen ist. Vielmehr wurde und wird die Ursache auch bei westlichen Feminist:innen gesehen, die ihre eigene Meinung durch den unerschütterlichen Glauben an ihre eigene Überlegenheit in einer imperialistischen Weise durchzusetzen versuchten (Marsh 2012, 57).

7 Der *transnational feminism* fordert ausgehend von der zunehmenden Vielfalt weltweiter Feminismen eine Differenzierung der Kategorie Geschlecht, die den Einfluss globaler wirtschaftlicher Systeme und ihrer Prozesse, unter anderem neoliberale Normsetzungen, berücksichtigen. Der *transnational feminism* deutet auf ein Scheitern intersektionaler Feminismen hin, solange regionale Differenzen nicht ausreichend behandelt werden (siehe Gupta 2006; Mohanty 1986; Mendoza 2002).

Eine umfassende Kritik an der Durchsetzung hegemonialer Machtansprüche durch die Kategorie Gender ist in der auf Ostmitteleuropa bezogenen Regionalforschung bislang nicht zu erkennen. Eine Ausnahme bildet der Sammelband *De-Centring Western Sexualities* (Mizielińska/Kulpa 2011), der ostmitteleuropäische Perspektiven in der westlich dominierten akademischen Literatur über Sexualitäten stärkt. Die polnischen Herausgeber:innen Joanna Mizielińska und Robert Kulpa kritisieren die Konzeptualisierung einer ostmitteleuropäischen Zeitlichkeit. Demnach werde Ostmitteleuropa geographisch Europa zugeordnet, jedoch nicht als ausreichend fortschrittlich anerkannt, um dem ›westlichen Klub‹ gleichberechtigt beitreten zu können. Auch zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Kommunismus wird die westliche Gegenwart nach wie vor als östliche Zukunft konstruiert und den Regionen bleibt eine gemeinsame Zeitlichkeit verwehrt:

»[...] it is forcing the ›Western present‹ as a ›CEE future‹ to be achieved. Consequently the ›CEE present‹ is coerced as ›past‹, although since 1989, the ›CEE present‹ and ›Western present‹ are one. [...] It is this constant ›transformation‹ through which CEE supposedly ›has been going‹ (present perfect continuous is much at home here) that allows the West do place itself ›above‹/›before‹, as the mentoring force which CEE should look up to. How and who is to decide when the ›transition‹ ends? When the CEE will no longer ›transform‹ anything; when will it join the Western club?« (Mizielińska/Kulpa 2011, 17f.)

Mizielińska und Kulpa schlagen die Einbeziehung lokaler Narrative im universellen Geschlechterdiskurs vor, damit bestimmte Modelle (insbesondere westlich/amerikanische), nicht länger als einzig ›richtige‹, sondern als eine Möglichkeit unter vielen wahrgenommen wird. Die Einbeziehung lokaler Erfahrungen ist aus einer machtkritischen Perspektive, welche die Geschlechterforschung für sich beansprucht, absolut notwendig. Zudem erweist sich die Aufrechterhaltung globaler Trennlinien als kontraproduktiv, da sie keine Verbesserung der realen Lebensumstände bewirkt und zusätzlich die Gefahr birgt, universelle Ausschlussmechanismen nicht ausreichend zu berücksichtigen. Dies wird abschließend anhand des polnischen Kampfes gegen das restriktive Abtreibungsgesetz verdeutlicht.

5. Der polnische Abtreibungsdiskurs nach 1989

Ein geeignetes Beispiel für die komplexe Verstrickung von lokalen Gleichstellungskämpfen innerhalb globaler Machtasymmetrien bildet der polnische

Kampf für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen nach 1989.⁸ Rechtlich waren Schwangerschaftsabbrüche zu Beginn der 90er in Polen durch ein Gesetz von 1956 erlaubt, welches dem Schutz der Gesundheit der Frau oberste Priorität einräumte. Mit dem einsetzenden Systemwandel veränderten sich die sozialen und politischen Umstände und bedingten einen gesellschaftlichen Trend zum Konservatismus, der im höchsten Maße Einfluss auf die Lebensrealitäten von Frauen nahm (Marsh 2012, 50). Frauen wurden von der neuen politischen Elite konsequent aus Entscheidungsprozessen ausgegrenzt, unter anderem wurde die Frauensektion der *Solidarność* zu Beginn der 1990er Jahre geschlossen. Diese setzte sich zuletzt vor allem gegen die drohende Verschärfung des polnischen Abtreibungsgesetzes ein (Graff 2003, 109).

1993 wurde das bis heute geltende Gesetz zum ›Schutz menschlichen Lebens‹ verabschiedet. Gemeint ist damit nicht länger der Schutz der Gesundheit der schwangeren Frau, sondern ausschließlich der Fötus als ungeborenes Leben. Während zur Zeit der Volksrepublik nur Abbrüche unter ungeeigneten medizinischen Bedingungen strafrechtlich verfolgbar waren, stellen seit 1993 sämtliche Abbrüche eine prinzipiell kriminelle Handlung dar, die in drei Fällen jedoch straffrei bleibt: Wenn entweder die Gesundheit der Frau bzw. die des Fötus in Gefahr ist oder die Schwangerschaft auf eine Straftat zurückzuführen ist. Individuelle Lebensumstände galten nicht länger als legitimer Abbruchgrund, wodurch potenziell Schwangeren in Polen ein Recht entzogen wurde, das jahrzehntelang als Selbstverständlichkeit galt. Dies führte zu zivilgesellschaftlichem und politischem Protest. Nach 1993 versuchten verschiedene Gesetzesinitiativen die Bedingungen für einen rechtmäßigen Schwangerschaftsabbruch um soziale Indikationen zu erweitern. Nahezu alle Initiativen wurden abgelehnt. Lediglich ein Gesetzesvorschlag trat 1997 in Kraft, der Abbrüche aufgrund sozialer Indikationen erlaubte. Nur wenige Monate später wurde dieser jedoch – nach einer Verfassungsklage überwiegend männlicher Senator:innen – für verfassungswidrig erklärt (*Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny* 2013, 52-58).

Seit den 90er Jahren bildet der Kampf für reproduktive Selbstbestimmung das zentrale Motiv der polnischen Frauenrechtsbewegung, das von rechtlichen Rückschlägen und einem erstarkenden politischen wie gesellschaftlichen Konservatismus geprägt ist. Hierbei bilden Polens Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Union das größte Paradox: Viele Feminist:innen sahen in der Aufnahme eine große Chance für die polnischen Frauenrechte. Gleichzeitig durften sie ihre Forderung nicht zu laut artikulieren, um Polens Beitrittspläne nicht zu gefährden (Graff 2003, 109). Die Tradition der Unterwerfung des Frauenkampfes unter vermeintlich größere nationale Belange wiederholte sich. Mehr noch löste die damalige Regierung

8 Über den literarischen Abtreibungsdiskurs siehe den Beitrag von Anna Artwińska in diesem Band.

unter Führung des postkommunistischen Bundes der Demokratischen Linken (Sojus Lewicy Demokratycznej– SLD) ihr Versprechen nicht ein, das Abtreibungsgesetz zu liberalisieren. Vielmehr sicherte sich die Partei durch die Beibehaltung des Status Quo die Unterstützung der katholischen Kirche für den geplanten EU-Beitritt.

Ausgelöst durch die Verschärfung des polnischen Abtreibungsrechts gründeten sich eine Vielzahl an Organisationen und Initiativen, die sich für eine Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes einsetzen, Rechtsbeistand leisten und telefonische Beratungen anbieten. Unter anderem ist seit 1993 die Föderation für Frauen und Familienplanung (Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny) als eine Art Dachorganisation für die polnische Pro-Choice-Bewegung aktiv, die regelmäßige Berichte über rechtliche Entwicklungen veröffentlicht, als Anlaufstelle für Betroffene fungiert und über Schwangerschaftsabbrüche aufklärt. Außerdem gründete sich im Jahr 2000 die Gruppe »Frauenabkommen 8. März« (Porozumienie Kobiet 8 Marca), die in erster Linie öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Demonstrationen und Petitionen organisiert.

Seit 2015 regiert in Polen die nationalkonservative und rechtspopulistische PiS-Partei. Knapp ein Jahr nach den Parlamentswahlen wurde die Gesetzesinitiative »Abtreibungsstopp« (Stop Aborcji) in erster Lesung im polnischen Parlament genehmigt, die ein vollständiges Abtreibungsverbot in Polen erwirken wollte. Daraufhin formierten sich Proteste im ganzen Land. Demonstrierende gingen zu Hunderttausenden auf die Straße, die Gruppierung »Nationaler Frauenstreik« (Ogólnopolski Strajk Kobiet) gründete sich und der Vorschlag zur Gesetzesänderung wurde wenige Tage später und mit einer großen parlamentarischen Mehrheit abgelehnt.

Ende Oktober 2020, erneut ein Jahr nach den wiederholt von der PiS-Partei gewonnenen Parlamentswahlen, erklärte das polnische Verfassungsgericht jene Abbrüche für verfassungswidrig, die aufgrund einer schweren Beeinträchtigung des Fötus stattfinden. Dieses Urteil kommt einem nahezu vollständigen Abtreibungsverbot gleich. Trotz geltender Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie kam es erneut zu Protesten im ganzen Land. Der »Nationale Frauenstreik« initiierte einen Konsultationsrat, der auf politischer Ebene Einfluss auf die polnische Gesetzgebung nehmen will. Anfang 2021 wurde das Urteil im Amtsblatt veröffentlicht und die Gesetzesverschärfung trat offiziell in Kraft.

An diesem Beispiel zeigt sich, dass der polnische Geschlechterdiskurs nach 1989 über völlig andere Voraussetzungen als im Westen verfügte; starke politische Umbrüche, die insbesondere mit der Transformation vom Staatssozialismus hin zu einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einhergingen, führten zu vielfältigen politischen Rückschlägen und Neuaushandlungsprozessen sozialer Realitäten. Diese werden in Medienberichten und wissenschaftlichen Arbeiten nicht ausreichend berücksichtigt, sondern in der Regel das Stereotyp des rückständigen Ostens im Vergleich zum fortschrittlichen Westen be-

tont, ohne regionale Besonderheiten in den Blick zu nehmen oder zu reflektieren, dass grundlegende feministische Forderungen in beiden Fällen nicht erwirkt wurden. Die Berichterstattung über die rechtliche Situation von Schwangerschaftsabbrüchen in Polen macht dies besonders deutlich: Durch die Betonung der polnischen Gesetzgebung als restriktivste Europas wird Polen zum negativen Referenzrahmen. Die politischen Entwicklungen in Polen müssen kritisiert werden, doch verbergen sich hinter der Berichterstattung vielfach Argumentationsmuster, die nicht nur die im Kalten Krieg begründeten Trennlinien zwischen West- und Osteuropa aufrechterhalten und die Rückständigkeit Ostmitteleuropas gegenüber des vermeintlich fortschrittlichen Westens reproduzieren. Zusätzlich wird durch die Anführung Polens als Negativbeispiel eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Gesetzgebung zu Schwangerschaftsabbrüchen im eigenen Land verhindert. Auch in Deutschland stehen Schwangerschaftsabbrüche nach wie vor unter Strafe, auch wenn der Zugang aufgrund erweiterter Ausnahmeregelungen leichter als in Polen ist. Es wird häufig verkannt, dass der gesellschaftliche und rechtliche Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen in Deutschland wie Polen von denselben Ausschlussmechanismen gekennzeichnet ist: Kriminalisierung bedeutet Ausgrenzung, wodurch Betroffene Stigmatisierung sowie Tabuisierung erleben und die medizinische Versorgung, gerade im ländlichen Raum, nicht ausreichend gewährleistet wird.

In einer ähnlichen Tradition ist die jüngste Erklärung der Europäischen Union als ›LGBTIQ Freedom Zone‹ durch das Europaparlament zu sehen. Diese Reaktion auf die Einführung der sogenannten ›LGBT-ideologiefreien Zonen‹ in Polen und der zunehmenden Diskriminierung von queeren Personen durch die Regierung in Ungarn soll ein Zeichen für die Rechte von queeren Menschen in der EU setzen. Zweifelsohne muss politischen und rechtlichen Diskriminierungen eine klare Absage erteilt werden. Doch suggeriert die Deklaration der EU als ›LGBTIQ Freedom Zone‹ nicht nur die Rückständigkeit der beiden ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten. Auch verwundert es, dass konservative Politiker:innen, wie beispielsweise Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission, plötzlich zum Sprachrohr von queeren Menschen werden, obwohl ihre Politik bislang kaum als progressiv in Hinblick auf Gleichstellung und Schutz von LGBTIQ:-Personen bezeichnet werden kann.

Gleichzeitig stellt sich unausweichlich die Frage, ob diese erneute Grenzziehung eine Verbesserung der realen Lebensumstände von queeren Personen in der Europäischen Union erwirkt. Wahrscheinlicher scheint das Szenario, dass jene Länder, die diesen Schritt der EU unterstützen, die Deklaration als Ausdruck ihrer LGBTIQ:-freundlichen Politik konstruieren, der von nach wie vor bestehenden Ungleichbehandlungen in Politik und Gesellschaft ablenkt. Demgegenüber argumentieren die rechtspopulistischen Regierungen in Polen und Ungarn, dass Gender eine aus dem Westen stammende Ideologie sei und die EU

als Zusammenschluss westlicher Länder nicht das Recht hätte in ihre nationalen Politiken einzugreifen (vgl. Rawłuszko 2019). Ein wirklicher Fortschritt ist sowohl in Ostmittel- als auch Westeuropa nicht zu erkennen. Eine öffentlichkeitswirksame Solidarisierung mit queerem Aktivismus in den betroffenen Ländern wäre sinnvoller, die Organisationen und Initiativen sichtbar macht, die Wahrnehmung des vermeintlich rückständigen Ostens in Westeuropa aufbricht und zeigen könnte, wie divers ostmitteleuropäische Gesellschaften sind.

6. »Our time which is not yours is not ours« – Schlussbetrachtung

Geschlechterforschung fragt nach den Mechanismen von Hierarchisierung, Differenzierung und Stereotypisierung in (heteronormativen) Gesellschaften und analysiert die Diskriminierung diverser geschlechtlicher Identitäten. Zentrales Element bildet die Kritik an bestehenden Machtverhältnissen, die zum Ausschluss bestimmter Erfahrungen aus dem öffentlichen Diskurs führen. Für die Analyse der Kategorie Geschlecht in seinen vielfältigen Dimensionen im spezifischen ostmitteleuropäischen Kontext ist die konsequente Ausweitung machtkritischer Perspektiven auf globale Machtasymmetrien notwendig. In Bezug auf polnische Feminismen müssen positive Effekte (Etablierung von Frauen- und Geschlechterstudien an Universitäten, Zunahme an wissenschaftlichen Arbeiten mit Geschlechterbezug) ebenso wie negative Folgen (Verleugnung der Existenz polnischer, bzw. ostmitteleuropäischer Feminismen, Selbstzweifel, fehlende internationale Anerkennung) Berücksichtigung erfahren. Zudem müssen in der internationalen Geschlechterforschung Sprachräume für Wissenschaftler:innen aus Ostmitteleuropa geöffnet werden. Die Entstehung und Artikulation eines universellen Geschlechterdiskurs, der Erfahrungen aus unterschiedlichen Kontexten gleichberechtigt einschließt, ist erst möglich, wenn lokale Narrative aus Ostmitteleuropa und anderen marginalisierten Regionen gleichberechtigt neben westlichen Entwicklungen stehen können und nicht nach ihnen bewertet werden. So plädieren Mizielińska und Kulpa für ein neues Verständnis von Zeitlichkeit in Geschlechterdiskursen. Ihre Feststellung »our time which is not yours is not ours« deutet auf die Notwendigkeit hin, dass die grundlegende anderes gelagerte Zeitlichkeit des Ostens anerkannt werden muss, in der Ereignisse anders als im Westen nicht in Sequenzen aufeinander folgen, sondern nach 1989 zeitgleich stattgefunden haben, dadurch aber nicht abgewertet werden dürfen (Mizielińska/Kulpa 2011, 16).

Für das Beispiel der polnischen Feminismen nach 1989 bedeutet dies, dass spezifische Voraussetzungen und regionale Erfahrungen erforscht werden müssen. Die Entwicklung polnischer Feminismen nach 1989 ist durch einen nicht linearen Verlauf, gesellschaftliche Umbrüche und politische Rückschläge gekennzeichnet. Der Demokratisierungsprozess Polens veränderte die Voraussetzungen für die fe-

ministische Bewegung grundlegend. Aus der kommunistischen Volksrepublik, in der unter anderem die offizielle Gleichstellung der Geschlechter und der erstarkende Nationalismus die polnische Frauenrechtsbewegung hemmten, wurde die demokratische Republik Polen, die durch konservative Tendenzen in Gesellschaft und Politik sowie der Rückkehr zu traditionellen und binären Geschlechterverständnissen geprägt ist. Der feministischen Resignation Mitte der 1990er Jahre folgte eine bis heute andauernde Zeit der Neukonstituierung durch Selbstreflexion auf drei Ebenen: Die feministische Vergangenheit der polnischen Gesellschaft wurde erforscht, wiederkehrende und die polnische Frauenrechtsbewegung schwächende kulturelle Motive wie der Mythos der *Matka Polka* analysiert sowie innerpolnische wie globale Dynamiken innerhalb der Geschlechterforschung kritisiert.

Diese Entwicklungen müssen Eingang in den internationalen Geschlechterdiskurs finden, um anschließend an die Eröffnung postkolonialer Perspektiven auf Geschlechterverhältnisse in Ostmitteleuropa einen kontextsensiblen Umgang mit Gender als vermeintlich universell gültiger Analysekategorie zu erwirken. Diskriminierende politische Entscheidungen oder die (Re-)Traditionalisierung von Geschlechterrollen müssen kritisiert werden, doch darf dies ausschließlich vor dem Hintergrund regionaler Spezifika erfolgen. Denn erst die Einbeziehung lokaler Erfahrungen ermöglicht Reflektionen von globalen Ambivalenzen und Kontinuitäten, die einen nachhaltigen Beitrag zu Gleichstellung und Anti-Diskriminierung leisten können.

Bibliografie

- Artwińska, Anna: »Doing Orient? (Selbst-)Orientalisierung und Ostmitteleuropa – am Beispiel von Jáchym Topols *Supermarket sovětských hrdinů*«, in: Stephanie Bremerich/Dieter Burdorf/Abdalla Eldimagh (Hg.): *Orientalismus heute. Perspektiven arabisch-deutscher Literatur- und Kulturwissenschaft*, Berlin: De Gruyter Verlag 2021, 165-180.
- Borodziej, Włodzimierz: *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München: C.H. Beck Verlag 2012.
- Chowaniec, Urszula/Phillips, Ursula (Hg.): *Womens Voices and Feminism in Polish Cultural Memory*, Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2012.
- Chowaniec, Urszula: »Listening to Women's Voices: Historical Overview of Women's Right to Write in Poland«, in: Urszula Chowaniec/Ursula Phillips (Hg.): *Womens Voices and Feminism in Polish Cultural Memory*, Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2012, 26-46.
- Clarke, Cheryl L.: »Lesbianism: An Act of Resistance«, in: Cherríe Moraga/Gloria Anzaldúa (Hg.): *This Bridge Called My Back – Writings by Radical Women of Color*, Watertown: Persephone Press 1981.

- Crenshaw, Kimberlé Williams: »Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics«, in: *University of Chicago Legal Forum* 1 (1989), 139-167.
- Davis, Angela: *Women, Race & Class*, New York: Vintage Books 1983.
- de Haan, Francisca: »Continuing Cold War Paradigms in Western Historiography of Transnational Women's Organisations: the Case of the Women's International Democratic Federation«, in: *Women's History Review* 19 (2010), 547-573.
- Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny: 20 lat tzw. ustawy antyaborcyjnej w Polsce, Raport 2013, siehe https://federa.org.pl/wp-content/uploads/2017/07/raport_federacja_2013.pdf
- Fidelis, Małgorzata: *Women, Communism, and Industrialization in Postwar Poland*, Cambridge/New York: Cambridge University Press 2013.
- Graff, Agnieszka: »Lost between the Waves? The Paradoxes of Feminist Chronology and Activism in Contemporary Poland«, in: *Journal of International Women's Studies* 4 (2003), 100-116.
- Gupta, Jyotsna Agnihotri: »Towards Transnational Feminisms«, in: *European Journal of Women's Studies* 13 (2006), 23-38.
- Hornscheidt, Lann: »Postkoloniale Gender-Forschung. Ansätze feministischer postkolonialer Studien«, in: Julia Reuter/Alexandra Karentzos (Hg.): *Schlüsselwerke der Postcolonial Studies*, Wiesbaden: Springer VS 2012, 215-228.
- Keinz, Annika: *Polens Andere. Verhandlungen von Geschlecht und Sexualität in Polen nach 1989*, Bielefeld: transcript Verlag 2008.
- Kraft, Claudia: »Phantomgrenzen und Zeitschichten im Postsozialismus. Ist der Postsozialismus postkolonial?«, in: Béatrice von Hirschhausen/Hannes Grandits/Claudia Kraft (Hg.): *Phantomgrenzen. Räume und Akteure in der Zeit neu denken*, Göttingen: Wallstein 2015.
- Kraskowska, Ewa: »Feminism Polish Style: Our Tradition or a Borrowed one?«, in: Urszula Chowaniec/Ursula Phillips (Hg.): *Womens Voices and Feminism in Polish Cultural Memory*, Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2012, 67-75.
- Marsh, Rosalind: »Polish Feminism in East-West-Context«, in: Urszula Chowaniec/Ursula Phillips (Hg.): *Womens Voices and Feminism in Polish Cultural Memory*, Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholars Publishing 2012, 47-66.
- Mendoza, Breny: »Transnational feminisms in question«, in: *Feminist Theory* 3 (2012), 295-314.
- Mizielińska, Joanna/Kulpa, Robert: »Contemporary Peripheries: Queer Studies, Circulation of Knowledge and East/West Divide«, in: dies. (Hg.): *De-Centring Western Sexualities: Central and Eastern European Perspectives*, London: Routledge 2011, 11-26.
- Mohanty, Chandra Talpade: »Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses«, in: *Boundary* 12 (1987), 333-358.

- Pucherova, Dobrota/Gafrik, Robert (Hg.): *Postcolonial Europe? Essays on Post-Communist Literatures and Culture*, Leiden: Brill 2015.
- Rawluszko, Marta: »And If the Opponents of Gender Ideology Are Right? Gender Politics, Europeanization, and the Democratic Deficit«, in: *Politics & Gender* 17 (2019), 301-323.
- Said, Edward W.: *Orientalism. Western Concepts of the Orient*, London: Penguin Books 1995.
- Seiler, Nina: *Privatisierte Weiblichkeit Genealogien und Einbettungsstrategien feministischer Kritik im postsozialistischen Polen*, Bielefeld: transcript Verlag 2018.
- Smith, Barbara (Hg.): *Home Girls: A Black Feminist Anthology*, New York: Kitchen Table: Women of Color Press, 1983.
- Smola, Klavdia/Uffelman, Dirk (Hg.): *Postcolonial Slavic Literatures After Communism*, Frankfurt a.M.: Peter Lang Verlag 2017.
- Walczevska, Sławomira: *Damen, Ritter und Feministinnen. Zum Frauenrechtsdiskurs in Polen*, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2015.
- Wallerstein, Immanuel/Hopkins, Terence K.: *World-systems analysis: Theory and methodology*, Beverly Hills: Sage 1982.
- Wallerstein, Immanuel: »Semi-Peripheral Countries and the Contemporary World Crisis«, in: *Theory and Society* 3 (1976), 461-483.
- Winker, Gabriele/Degele, Nina: *Intersektionalität: Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld: transcript Verlag 2010.
- Zimmermann, Susann: »The Institutionalization of Women's and Gender Studies in Higher Education in Central and Eastern Europe and the Former Soviet Union: Asymmetric Politics and the Regional-Transnational Configuration«, in: *East central Europe. L'Europe du centre-est* 34 (2007), 131-160.

